Markt

Marktkommentar vom 09.10.2026

Die Sojabohnen am CBot gaben gestern erneut nach. Nach den Gewinnen am Vortag musste auch der Sojaschrot-Future deutlichere Verluste hinnehmen. Lediglich Sojaöl legte etwas zu, nachdem sich die Rohölnotierungen im Tagesverlauf gefestigt hatten. Ein Teil der Kursbewegungen dürfte auf Positionierungen vor dem heutigen USDA-Bericht zurückzuführen sein. Außerdem hat der USDAAttaché in Argentinien seine Schätzungen für die Produktion 2026/27 auf 52,5 Mio. mto angehoben. Dies stellt einen deutlichen Anstieg gegenüber der bereits hohen Produktionsprognose von 49,5 Millionen Tonnen für 2025/26, gemäß dem USDA-Bericht aus dem September, dar. Bohnen und Mais geraten zudem durch die inzwischen rege Erntetätigkeit der US-Farmer unter Druck. Berichten zufolge schreitet die Ernte in beeindruckendem Tempo voran. Dennoch sind die Lieferketten noch nicht überall geschlossen, sodass einige US-Ölmühlen weiterhin teils hohe Prämien für Sojaschrot verlangen. Die gestern gemeldete, außergewöhnlich hohe Exportzahl wurde relativiert: Ein großer Teil der 1.047.600 mto entfiel auf Umbuchungen aus dem alten Wirtschaftsjahr, das am 30. September endete. Die Nettomenge von 185.700 mto entsprach damit den Handelserwartungen von 150.000 bis 300.000 mto. Für die heutige USDA-Schätzung erwartet der Handel weiterhin keine größeren Änderungen. Es wird davon ausgegangen, dass das Ministerium den Sojabohnenertrag unverändert bei 52,8 Bushel/Acre belässt. Beim Mais wird zwar mit einer niedrigeren Ertragsschätzung, zugleich aber mit etwas höheren Endbeständen gerechnet. Der Weizen-Future tendierte wegen des festen US-Dollars sowie der Schwäche bei Bohnen und Mais ebenfalls mit fallenden Kursen. Die globale Versorgungslage bleibt jedoch angesichts der anhaltend schwierigen Situation im Schwarzen Meer kritisch. Gestern wurde bekannt, dass die Ukraine bei der Suche nach alternativen Exportrouten auch die Nutzung deutscher Seehäfen in Betracht zieht. Ein Hindernis sind die zusätzlichen Kosten für den Export ukrainischen Getreides über westliche Ostseehäfen, die auf 100 USD/mto geschätzt werden. Insgesamt würde die Ukraine dafür zusätzliche Hilfen von rund 2 Mrd. USD benötigen. Im e-Trade notieren alle Produkte fester. Der Anstieg des US-Dollars auf ein 18-Monats-Hoch schwächte sich gestern etwas ab, während sich der Euro stabilisierte. Leicht rückläufige Renditen US-amerikanischer Staatsanleihen bremsten den Dollar-Anstieg; zugleich profitierte der Euro von der Beruhigung an den französischen Aktienmärkten. Der schwierige Weg zu einem, einigermaßen regelkonformen französischen Haushalt dürfte schmerzhafte Kürzungen erfordern. Voraussichtlich werden die allgemein unpopulären Maßnahmen von heftigen Protesten begleitet. Es bleibt abzuwarten, was sich vor den Präsidentschaftswahlen noch umsetzen lässt. In den USA hingegen erwartet auch Fed-Gouverneur Christopher Waller weitere Zinserhöhungen, um die Inflation zurück zum Zielwert von zwei Prozent zu führen. Allerdings müssten diese nicht bei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sitzungen erfolgen. Die Aussagen von Waller deuten damit auf einen flexibleren Kurs hin. Die Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe gingen in der vergangenen Woche um 2.000 auf 197.000 zurück und lagen damit weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Der USArbeitsmarkt zeigt sich damit trotz der zuletzt schwächeren monatlichen Beschäftigungsdaten weiterhin robust. Für Deutschland fällt der Konjunkturausblick der Bundesregierung deutlich optimistischer aus. Sie erwartet in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent und für 2027 von 1,1 Prozent.Getragen wird die Erholung vor allem von höheren staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung sowie vom Außenhandel. Der private Konsum dürfte trotz steigender Reallöhne zunächst verhalten bleiben. Gleichzeitig bleiben die Risiken durch die geopolitischen Konflikte und die hohen Energiepreise erheblich.
zeigt sich damit trotz der zuletzt schwächeren monatlichen Beschäftigungsdaten weiterhin robust. Für Deutschland fällt der Konjunkturausblick der Bundesregierung deutlich optimistischer aus. Sie erwartet in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent und für 2027 von 1,1 Prozent. Getragen wird die Erholung vor allem von höheren staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung sowie vom Außenhandel. Der private Konsum dürfte trotz steigender Reallöhne zunächst verhalten bleiben. Gleichzeitig bleiben die Risiken durch die geopolitischen Konflikte und die hohen Energiepreise erheblich.

